CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz - Wallonie - Communauté Française de Belgique - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens
23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Kommission 3 „Verkehr und Kommunikation“
Isolde Ries, MdL,
Landtagsvizepräsidentin
Vorsitzende

Empfehlung

Freien Taxiverkehr in der Großregion ermöglichen

Der Interregionale Parlamentarier-Rat stellt als Resultat einer erneuten Anhörung der Taxiverbände aus allen Teilen der Großregion im Rahmen einer Sitzung der Kommission für Verkehr und Kommunikation fest, dass es nach wie vor Probleme gibt beim grenzüberschreitenden Taxiverkehr, insbesondere dann, wenn ein entsprechendes Verkehrsabkommen zwischen den beteiligten Staaten fehlt.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat unterstreicht insofern die in seiner Vollversammlung am 22. November 2013 in Trier einstimmig angenommene Empfehlung „Für einen freien grenzüberschreitenden Taxiverkehr in der Großregion“ und bezieht sich vollinhaltlich auf diese.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat nimmt das von der Task Force Grenzgänger erstellte Rechtsgutachten zum grenzüberschreitenden Taxiverkehr zwischen Deutschland und Frankreich zustimmend zur Kenntnis. Er hebt die daraus resultierende Forderung des Abschlusses eines deutsch-französischen Abkommens zur rechtssicheren Regelung des Taxiverkehrs zwischen beiden Staaten ausdrücklich hervor.
In diesem Zusammenhang erkennt der **Interregionale Parlamentarier-Rat** die bisherigen Bemühungen der deutschen und französischen Vertreter des Gipfels um den Abschluss eines solchen bilateralen nationalen Abkommens an. Gleichzeitig fordert er aber auch, sich weiterhin und verstärkt bei den nationalen Regierungen um den Abschluss dieses Abkommens zu bemühen.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat regt darüber hinaus an, dass die Task Force Grenzgänger - ähnlich dem Rechtsgutachten zum grenzüberschreitenden Taxiverkehr zwischen Deutschland und Frankreich - auch die rechtliche Situation zwischen Deutschland und Belgien analysieren und Lösungsvorschläge unterbreiten solle, um so den grenzüberschreitenden Taxiverkehr auch zwischen diesen beiden Staaten, zwischen denen derzeit ebenfalls noch ein bilaterales Abkommen fehlt, im Sinne aller Betroffenen rechtssicher zu ermöglichen.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an:

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten der Region Lorraine,
- den Conseil Régional de Lorraine

und nachrichtlich an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Trier, 16. Mai 2014